



DER AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Direktor des HWWI

Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit 1999 ist er Präsident des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA). Seit dem 1. April 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI).

Seine Forschungsschwerpunkte sind: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungsökonomie.

KONJUNKTURAUFSCHWUNG

Möglichkeiten nutzen, nicht zerstören

Die deutsche Wirtschaft wird 2006 stärker wachsen als während der letzten fünf Jahre. Das ist erfreulich. Die Stimmung sowohl der Verbraucher als auch der Unternehmer ist besser geworden. Als Folge wird mehr konsumiert und auch mehr investiert. Beides hilft, die Binnennachfrage auf Touren zu bringen. Insgesamt darf Deutschland für 2006 mit einem realen Wirtschaftswachstum von rund 1½% rechnen. Das ist wenig im Vergleich zum Ausland, aber viel im Vergleich zur jüngeren Vergangenheit.

Aber als dürfe nicht sein, was möglich ist, wird in der Geld- und Fiskalpolitik alles getan, um die Konjunktur zu bremsen und nichts, um das Potenzialwachstum zu beschleunigen. Unter völliger Vernachlässigung der langfristigen Folgen werden wegen kurzfristig vorzeigbarer Erfolge Steuern erhöht oder halbherzige Kompromisse geschlossen wie bei der Föderalismusreform, die von Anfang an die finanziellen Verantwortungen ausgeklammert hat.

Andere Strukturreformen, wie die Modernisierung des Steuersystems, der Gesundheits- oder Arbeitsmarktpolitik, wurden des Koalitionsfriedens halber zunächst später verschoben. So droht aus einem so erfreulichen wie dringend benötigten Aufschwung kein nachhaltiger Boom, sondern nur ein kurzlebiges Zwischenhoch zu werden. Das ist zu wenig – zu wenig für eine substanzielle Verringerung der Massenarbeitslosigkeit, zu wenig für die Gesundung der Staatsfinanzen, zu wenig für die Sanierung der Sozialversicherungssysteme, zu

wenig für eine erfolgreiche Bewältigung der Zukunft. Die Lösung der vielfältigen ökonomischen Herausforderungen ist ohnehin nicht einfach. Sie sollte nicht durch unnötige handwerkliche Fehler zusätzlich erschwert werden.

Die ersten Stolpersteine werden dem Konjunkturaufschwung in Deutschland schon seit letztem Dezember durch die Europäische Zentralbank (EZB) in den Weg gelegt. Richtigerweise lenkt die EZB ihr Hauptaugenmerk darauf, die Preisstabilität zu wahren. Ebenso richtig ist es, dass sie auf die geldpolitische Bremse tritt, wann immer die Inflationstendenzen nach oben zeigen. Für das Jahr 2006 ist aber keine Gefährdung der Preisstabilität erkennbar, die durch die EZB zu beseitigen wäre.

Zwar sind die Verbraucherpreise im Euroraum im Winter deutlich stärker als 2% gestiegen. Damit wurde die Marke überschritten, die für die EZB als Richtschnur für die Preisstabilität gilt. Allerdings lag die Ursache nahezu ausschließlich bei den teurer gewordenen Rohstoff- und Energieimporten. Die Kerninflationsrate ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel sank im Januar 2006 bereits wieder und lag im Jahresvergleich bei 1,3%. Innerhalb des Euroraums ist ein Inflationsdruck somit nicht wirklich erkennbar.

Bei Millionen von Arbeitslosen und dem starken globalen Wettbewerbsdruck ist es in der Eurozone mehr als schwierig geworden und letztlich kaum noch möglich, über die Produktivitätsentwicklung hinausgehende Lohnforderungen durchzusetzen

oder höhere Kosten auf die Verbraucher zu überwälzen – schon gar nicht im verarbeitenden Gewerbe oder bei einfach handelbaren Gütern. Wenn also die EZB ihre Zinsanhebungen mit einer „dynamischer als erwartet ausfallenden Lohn- und Preisentwicklung aufgrund von Zweitrundeneffekten im Zusammenhang mit vergangenen Ölpreiserhöhungen“, begründet, wirkt das doch reichlich konstruiert. Auch wenn in anderen Euro-Ländern der Spielraum für Lohn- und Preissteigerungen großzügiger und die Inflationsgefahr damit drohender als in Deutschland sein dürfte und die EZB das Preisniveau der Eurozone insgesamt zu stabilisieren hat, spricht nach der letzten Zinsanhebung von Anfang März wenig gegen eine Zug-um-Zug-Strategie.

Die EZB könnte mit dem nächsten geldpolitischen Bremsmanöver warten, bis der konjunkturelle Aufschwung in Europa so gefestigt ist, dass es tatsächlich zu einem nachhaltigen Beschäftigungseffekt und als Folge davon zu höheren Einkommen, einer stärkeren Konsumnachfrage und dem Ingangsetzen der Zweitrundeneffekte kommt.

Das dürfte nämlich vermutlich länger dauern, als von den Millionen Arbeitsloser erhofft – vor allem und gerade auch, wenn wegen der erhöhten Zinsen der für den gesamten Euroraum immer noch fundamental wichtigen deutschen Konjunkturbelebung der Schwung zu früh ausgehen würde.

Zu Recht verweist die EZB darauf, dass die nationalen Politiken zu wenig tun, um durch eine „vollständige und wirksame Durchführung der erforderlichen Refor-

men“ den Konjunkturaufschwung zu verfestigen. Mehr noch, die EZB macht die Tarife und administrierten Preise staatlicher Betriebe sowie die indirekten Steuern als Quelle des Inflationsdrucks für die Anhebung der Zinsen mit verantwortlich. Das gilt in ganz besonderem Maße für Deutschland.

Unbeeindruckt von allen makroökonomischen Konsequenzen ist die Bundesregierung nach wie vor fest entschlossen, dem Konjunkturaufschwung 2007 mit einer Erhöhung der Mehrwert- und der Versicherungssteuer um 3 Prozentpunkte die Luft zu rauben. Nicht nur, dass es in einigen Bereichen, vor allem bei lokalen oder öffentlichen Dienstleistungen, zu einer Überwälzung kommen dürfte, was in der Tat dann auch in Deutschland die Anreize zu Zweitrundeneffekten verstärken und eine Inflationsspirale anschieben könnte. Dramatischer sind die Folgeschäden.

Um 2007 einen verfassungsgemäßen Staatshaushalt ausweisen zu können, nimmt die große Koalition in Kauf, dass die Erhöhung der Mehrwertsteuer den Konsum der privaten Haushalte und damit die Beschäftigungsentwicklung bremsen wird. Das wiederum wird zu weniger Steuereinnahmen und höheren Sozialausgaben führen. Somit ist es keinesfalls sicher, dass höhere Mehrwertsteuersätze mittelfristig helfen, den Staatshaushalt zu sanieren. Aus einer langfristigen Optik noch unverständlicher ist, dass im Gleichschritt zur Mehrwertsteuer auch die Versicherungssteuer von 16 auf 19% angehoben werden soll. Damit steigen die Transaktionskosten, werden risikoreiche Aktivitäten verringert und wird die gesamtwirtschaftli-

che Dynamik geschwächt. In der Summe wird der Nettoeffekt der Steuererhöhung für die Staatshaushalte schon nach kurzer Zeit negativ.

Die deutsche Wirtschaft steht am Anfang eines konjunkturellen Aufschwungs. Wann sonst, wenn nicht jetzt, in vergleichsweise guten Zeiten mit etwas optimistischerer Stimmung, schlägt die Stunde einer vorausschauenden verantwortungsvollen Wirtschaftspolitik, die durch kluges Handeln die Weichen auf mehr Beschäftigung und mehr Wachstum stellt? Dabei geht es nicht um ein Entweder-oder von Konjunktur- und Wachstumspolitik. Konjunktur- und Wachstumspolitik sind keine Gegensätze. Sie gehen genauso Hand in Hand wie die Nachfrage und die Angebotspolitik.

Die wirtschaftspolitische Devise der Bundesregierung muss also lauten, durch eine rasche und mutige Modernisierung des Steuersystems, des Gesundheitswesens und des Arbeitsmarktes das langfristige Produktionspotenzial auszuweiten. Und gleichzeitig muß sie darauf verzichten, mit Steuererhöhungen den konjunkturellen Aufschwung abzuwürgen, bevor er richtig begonnen hat.

Die Erhöhung von Mehrwert- und Versicherungssteuer kommt zum falschen Moment, ist ökonomisch ineffizient und in der langen Frist fiskalpolitisch kontraproduktiv. Deutschland braucht einen Startschuss für mehr Beschäftigung und mehr Wachstum und nicht einen Schuss ins eigene Bein.

Der Beitrag ist im Wirtschaftsdienst, 86. Jahrgang, Heft 3, März 2006 erschienen.